

Beschlussbuch 23. DGB Bezirksfrauenkonferenz Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

A - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	#MehrWert Gleichstellung DGB-Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	10

B - Gesundheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Frauengesundheit - Lebensphasen medizinisch frauengerecht begleiten DGB-Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	13
B02	Prävention von Gewalt und Aggression gegen Beschäftigte Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	15
B03	Geschlechtergerechte Perspektiven bei der Generierung, Nutzung und Auswertung von Daten sicherstellen IGBCE Landesbezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	16
B04	Kostenlose Verteilung von Periodenartikeln an öffentlichen Bildungseinrichtungen und den DGB-Geschäftsstellen sowie bei den Schwestergewerkschaften GEW Frauen Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	18

C - Sozial- und Erwerbsarbeitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
C01	Honorierung unbezahlter Care-Arbeit Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	19
C02	Handlungshilfe zu lebensphasenorientierter Arbeitszeitgestaltung IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	20
C03	Branchenübergreifende Fachtagung zu Vereinbarkeit für Schichtbeschäftigte IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	21
C04	Mehr Aufklärung über befristete Teilzeitmodelle wie „Teilzeit in Elternzeit“ und „Brückenteilzeit“ IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	22
C05	Stillen im Job zwischen dem 1. – 2. Lebensjahr IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	23

D - Mobilität und Infrastruktur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	Feministische Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	24

E - Friedenspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E01	Für ein sozial-ökologisches Milliardeninvestitionsprogramm statt Hochrüstung und Kriegswirtschaft Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss</i>	25
E02	Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	26

F - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	Fachkräftemangel in IT/Mint-Bereich begegnen Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	27
F02	Kitaleitungen wollen Kitas gestalten und nicht nur verwalten GEW Frauen Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	28

G - Gleichstellung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Mehr Gleichberechtigung der Geschlechter, Kulturwandel in den Betrieben IGBCE Landesbezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	29
G02	In jedem Unternehmen, in jedem Betrieb, in jeder Behörde Frauen- u. Gleichstellungsbeauftragte etablieren IGBCE Landesbezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	31

H - Transformation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
H01	Kampagne zur Qualifizierung IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	32
H02	Förderung der Gleichstellung in der digitalen Transformation IGBCE Landesbezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	33

I - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I01	Initiativantrag: Keine Wehrpflicht in Deutschland Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	34
I02	Initiativantrag: Humanitäre Aufnahmeprogramme Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	35
I03	Initiativantrag: Verteidigungsausgaben nicht erhöhen Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	36

Antrag A01: #MehrWert Gleichstellung

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Leitantrag

Unser Ziel ist es, Frauen ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu ermöglichen. Eine hohe Erwerbsbeteiligung ist essenziell für ein gutes Leben und gleichzeitig entscheidend für die Fachkräftesicherung in Baden-Württemberg. Doch traditionelle Rollenbilder, die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit sowie eine unzureichende Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur führen dazu, dass Frauen in Baden-Württemberg eine niedrige Erwerbsquote aufweisen. Viele Frauen sind gezwungen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, was weitreichende Folgen hat: finanzielle Abhängigkeit, Altersarmut und negative Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Gleichstellung muss unserer Gesellschaft #MehrWert sein. Daher stellen wir als Gewerkschaftsfrauen, insbesondere mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen, klare Forderungen an die Landespolitik. Ebenso fordern wir von Arbeitgebern Bedingungen zu schaffen, die für eine gleichberechtigte Arbeitswelt notwendig sind.

1. Betreuungskrise stoppen – Der Weg zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Ausreichende Betreuungsmöglichkeiten sind zentral für eine gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen. Neben dem quantitativen Ausbau müssen auch die Qualität der Kinderbetreuung sowie Unterstützungsangebote für pflegebedürftige Angehörige verbessert werden.

Unsere Forderungen:

- **Ausbau der Kinderbetreuung:** Die Landesregierung muss einen Kita-Fonds zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und ausreichenden Kinderbetreuung von der Kita bis zur Ganztagschule auf den Weg bringen. Besonders im U3-Bereich gibt es erheblichen Nachholbedarf.
- **Betriebliche Kinderbetreuung:** Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber müssen stärker in die Pflicht genommen und durch das Land beim Ausbau betrieblicher Kinderbetreuung unterstützt werden.
- **Ausbau von Pflegeplätzen:** Dabei dürfen die Investitionskosten des Landes nicht auf die Bewohner*innen abgewälzt werden.
- **Entlastung von Fachkräften:** Pädagogische Fachkräfte müssen von nicht-pädagogischen Aufgaben befreit werden. Die Landesregierung muss Möglichkeiten schaffen, vermehrt nicht-pädagogische Fachkräfte für Verwaltungs- und hauswirtschaftliche Aufgaben in Kitas und Schuleneinzusetzen.
- **Mehr Ausbildungs- und Studienplätze:** Berufsbegleitende und Teilzeitausbildungsmodelle für Pflege und Erziehung müssen ausgebaut werden. Damit sollen die Personalsituation verbessert und die Betreuungskapazitäten

erweitert werden, um Qualität zu sichern. Das gilt auch für den Weiterbildungs- und Qualifizierungsbereich.

- **Tarifliche Sicherung:** Die tarifliche Absicherung von Beschäftigten in Betreuungseinrichtungen muss verbessert werden, um faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

2. Arbeitszeiten, die zum Leben passen

Eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit erfordert flexible Arbeitszeitmodelle, die den Bedürfnissen von Frauen Rechnung tragen.

Unsere Forderungen:

- **Flexible Arbeitszeiten in Landesunternehmen:** Landeseigene Unternehmen müssen Arbeitszeitmodelle anbieten, die Beruf und Privatleben in Einklang bringen.
- **Landestariftreue:** Tarifverträge müssen für alle öffentlichen Aufträge gelten. Eine Reform des Landestreu- und Mindestlohngesetzes ist erforderlich.
- **Bundratsinitiative zur Arbeitszeitgestaltung:** Wir fordern einen gesetzlichen Anspruch auf flexible Arbeitszeitmodelle und die Wahl des Arbeitsortes.
- **Beratung zu familienfreundlichen Arbeitszeiten:** Der Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit muss verstärkt auf familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ausgerichtet werden.
- **Vollzeitnahe Teilzeitmodelle:** Arbeitgeber müssen mehr Möglichkeiten für eine vollzeitähnliche Beschäftigung schaffen.
- **Unterstützung haushaltsnaher Dienstleistungen:** Arbeitgeber sollen sich an den Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen und professionelle Care-Arbeit beteiligen.

3. Erwerbsbeteiligung von Frauen stärken

Echte Gleichberechtigung erfordert gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Fehlanreize, wie das Ehegattensplitting und Minijobs in der jetzigen Form, müssen abgeschafft werden.

Unsere Forderungen:

- **Beratung für Frauen zur Erwerbsperspektive:** Ausbau und verbindliche Finanzierung flächendeckender Beratungsangebote.
- **Geschlechtersensible Berufsorientierung:** Ausbau von Programmen in Kitas und Schulen zur geschlechtersensiblen Erziehung und Berufsorientierung, um Rollenstereotypen entgegenzuwirken.
- **Beseitigung von Fehlanreizen:** die Landesregierung muss sich für eine grundlegende Reform des Ehegattensplittings zur Förderung von Erwerbstätigkeit und Gleichstellung einsetzen.
- **Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro:** Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt werden.

4. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

Die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern in Baden-Württemberg beträgt 19 %.

Baden-Württemberg liegt damit nochmal drei Prozentpunkte über dem Bundesschnitt. Die Lohnlücke muss geschlossen werden.

Unsere Forderungen:

- **Transparenz durch einen Lohnatlas:** Einführung eines Lohnatlas für das Land Baden-Württemberg zur Darstellung von Lohnungleichheiten.
- **EU-Entgelttransparenzrichtlinie umsetzen:** Die Landesregierung muss Unternehmen verpflichten, Lohnunterschiede abzubauen.
- **Aufwertung frauendominierter Berufe:** Pflege-, Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufe müssen aufgewertet werden.

5. Geschlechtergerechte Arbeitswelt schaffen

Ein sicherer und fairer Arbeitsplatz erfordert Schutz vor Diskriminierung und sexualisierter Gewalt.

Unsere Forderungen:

- **Gleichstellung als Kriterium für Landesvergaben:** öffentliche Aufträge des Landes und Zuwendungen dürfen nur vergeben werden, wenn Gleichstellungskriterien eingehalten werden.
- **Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes:** Eine Anpassung des Gesetzes ist dringend erforderlich.
- **Systematische Datenerhebung zu sexualisierter Belästigung:** Nur durch transparente Daten können gezielte Maßnahmen gegen Belästigung ergriffen werden.
- **Umsetzung der ILO-Konvention C190:** Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz zu ergreifen.

6. Nachhaltige Gleichstellungsstrategie entwickeln

Eine langfristige Gleichstellungsstrategie ist essenziell und muss kontinuierlich finanziert werden.

Unsere Forderungen:

- **Gender Budgeting umsetzen:** Ressourcenverteilung muss auf Gleichstellung hin überprüft werden.
- **Koordinierungsstelle im Staatsministerium einrichten:** Eine zentrale Stelle soll die Umsetzung, Evaluation und Weiterentwicklung der Gleichstellungsstrategie verantworten.

Für eine gerechtere Gesellschaft ist es Zeit, dass Gleichstellung #MehrWert bekommt!

Antrag B01: Frauengesundheit - Lebensphasen medizinisch frauengerecht begleiten

Laufende Nummer: 1

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Gesundheit

Frauen stehen aufgrund biologischer und sozialer Faktoren vor spezifischen gesundheitlichen Herausforderungen. Dazu gehören hormonelle Übergangsphasen, Verhütung, Schwangerschaften, Geburten, Fehlgeburten sowie psychische Belastungen, sexualisierte Übergriffe, Belästigung und Gewalt. Diese Bedarfe werden in der aktuellen Gesundheitsversorgung nicht ausreichend berücksichtigt. Die DGB-Frauen Baden-Württemberg fordern daher gezielte Maßnahmen, um die medizinische Versorgung frauengerecht zu gestalten und nachhaltig zu verbessern.

Unsere Forderungen an die Landesregierung:

1. Ausbau von frauengerechten Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft:

- Flächendeckender Ausbau medizinischer Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft.
- Erhalt von Notfallpraxen. Frauen haben einen besonderen Bedarf an wohnortnahe Versorgung.
- Sicherstellung einer wohnortnahen und bedarfsgerechten Versorgung, insbesondere in strukturschwachen Regionen.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit Tarifvertrag für die überwiegend weiblichen Beschäftigten im Gesundheitswesen.

2. Einrichtung eines Lehrstuhls für Gendermedizin:

- Förderung der Forschung und Lehre im Bereich der Gendermedizin durch die Einrichtung von Lehrstühlen an Hochschulen in Baden-Württemberg.
- Sicherstellung einer geschlechtersensiblen medizinischen Ausbildung und Forschung, die den Bedürfnissen von Frauen gerecht wird.

3. Selbstbestimmte Geburt und Wahlfreiheit des Entbindungsortes:

- Sicherstellung eines flächendeckenden Zugangs zu sicheren und qualifizierten Geburtsdiensten.
- Gewährleistung einer flächendeckenden Hebammenversorgung vor, bei und nach der Geburt.

4. Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und flächendeckende Angebote:

- Schwangerschaftsabbrüche als Teil der medizinischen Grundversorgung in allen öffentlichen Krankenhäusern verankern.
- Gewährleistung der medizinischen und rechtlichen Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen.
- Einsatz des Landes für die Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch.

5. Fachberatungsstellen und Schutzangebote bei geschlechtsspezifischer Gewalt:

- Flächendeckende Bereitstellung von Fachberatungsstellen und Schutzangeboten für Frauen und Mädchen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind.
- Vertrauensanwält*innen für alle Ministerien und ihre nachgeordneten Behörden.
- Sicherstellung entsprechender Einrichtungen in allen Landkreisen und Kommunen zur Gewährleistung von Sicherheit und Unterstützung für betroffene Frauen.

6. Kostenübernahme für Periodenprodukte und Verhütungsmittel:

- Kostenübernahme für Periodenprodukte und Verhütungsmittel als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge.
- Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Zugangs für alle.

Die DGB-Frauen Baden-Württemberg fordern die Landesregierung auf, die genannten Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen, um eine frauengerechte und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg zu gewährleisten.

Antrag B02: Prävention von Gewalt und Aggression gegen Beschäftigte

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Gesundheit

Beschäftigte sind in ihren Arbeitsbereichen zunehmend verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Es ist deshalb notwendig, dass Beschäftigte Strategien und Maßnahmen zur Deeskalation und zum Selbstschutz beherrschen.

Um die Gesundheit der Beschäftigten besser zu schützen, soll der DGB Baden-Württemberg darauf hinwirken, dass Instrumente zur Prävention und Nachsorge inner- und außerbetrieblich, geschaffen, verbessert und für die Beschäftigten gut zugänglich gemacht werden.

Der DGB Baden-Württemberg soll die Landesregierung auffordern, zur Unterstützung der Durchführung dieser notwendigen Schulungen entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Maßnahmen:

Professionelle Schulungen der Beschäftigten zum Erlernen von Strategien und Handlungsmöglichkeiten zur Deeskalation und zum Selbstschutz.

Entwicklung eines allgemeinen Leitfadens zum Thema, der von den Beschäftigten angewendet werden kann.

Forcierung der Möglichkeiten, die die Gefährdungsbeurteilung den Mitbestimmungsorganen in den Betrieben bietet.

Antrag B03: Geschlechtergerechte Perspektiven bei der Generierung, Nutzung und Auswertung von Daten sicherstellen

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	IGBCE Landesbezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Gesundheit

In der medizinisch-pharmazeutischen Industrie werden Medikamente häufig nur an Männern getestet, da deren Hormone weniger stark schwanken. Die Auswirkungen auf den Körper von Frauen bleiben damit im Bereich des Unwissens mit allen Risiken für Frauen. Konkret kann das für die Umsetzung bedeuten:

- 1. Geschlechtsspezifische Medizin:** Die medizinische Forschung und Praxis soll geschlechtsspezifische Unterschiede in Diagnostik, Therapie und Medikation stärker berücksichtigen. Klinische Studien sollen verpflichtend Frauen in angemessener Anzahl einschließen.
- 2. Förderung frauenspezifischer Forschung:** Es soll gezielt Forschung zu frauenspezifischen Erkrankungen und Symptomen betrieben werden, insbesondere zu solchen, die Frauen unverhältnismäßig stark betreffen (z.B. Endometriose, Osteoporose, Herzerkrankungen, Autoimmunerkrankungen, chronische Schmerzen).
- 3. Bessere Aufklärung von Mediziner*innen und medizinischem Pflegepersonal:** Die medizinische Ausbildung und Weiterbildung müssen um Inhalte zur geschlechtsspezifischen Medizin erweitert werden. Medizinisches Fachpersonal soll umfassend über die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Erkrankungen und deren Symptomen geschult werden.
- 4. Spezialisierte Gesundheitszentren:** Der Aufbau und die Förderung von Gesundheitszentren mit besonderem Fokus auf Frauengesundheit sollen unterstützt werden.
- 5. Bewusstseinskampagnen für die Bevölkerung:** Bundesweite Informationskampagnen sollen Frauen über ihre spezifischen gesundheitlichen Risiken, Symptome und frauengerechte Behandlungsmöglichkeiten aufklären.
- 6. Gleichberechtigung in klinischen Studien:** Medizinische Forschungsinstitutionen werden aufgefordert, sicherzustellen, dass in allen klinischen Studien die Geschlechtergleichstellung eingehalten wird und Frauen in ausreichendem Maße und in allen Altersgruppen in Studien aufgenommen werden.
- 7. Finanzierung und Förderung:** Initiativen und Projekte, die sich der frauengerechten Gesundheitsversorgung widmen, sollen angemessen finanziert und durch die Gesundheitspolitik gefördert werden.

Bei dem Megathema Künstliche Intelligenz treffen wir auf ein ähnliches Phänomen. Aktuelle Studien zeigen, dass Frauen in vielen Datensätzen unterrepräsentiert sind, was zu Verzerrungen und Ungerechtigkeiten in den Ergebnissen von KI-Anwendungen führen kann. Wollen wir rein männliche Perspektiven umgestalten zu einer Wahrnehmung,

die alle Menschen unserer Gesellschaft beinhaltet, müssen KI-Systeme unbedingt mit Daten „gefüttert“ werden, die heterogene Perspektiven abbilden, um am Ende in allen Bereichen entsprechende Antworten zu generieren.

1. Der DGB soll mit entsprechenden Seminarangeboten auf mögliche unterschiedliche Wirkungen sensibilisieren und die Mitbestimmungsorgane daraufhin schulen, bei den unterschiedlichen datenbasierten Regelungen geschlechtsspezifische Auswirkungen zu berücksichtigen.
2. Wir fordern den DGB auf, Maßnahmen in Politik, Gesellschaft und Betrieben zu ergreifen, um weibliche Perspektiven bei der Generierung, Nutzung und Auswertung von Daten vollumfänglich abzubilden. Dies stellt ein wichtiges Element im Kampf um volle Gleichberechtigung dar.

Begründung:

Daten spielen eine immer größere Rolle in unseren Betrieben. Je nachdem, wie die Daten erstellt wurden, woher sie bezogen wurden und wie sie in Anwendungen genutzt werden haben sie unterschiedliche Auswirkungen. Unsere gewerkschaftlichen und betrieblichen Mitbestimmungsorgane haben die Möglichkeit bei Erstellung, Beziehung, Anwendung und Analyse von Daten einzuwirken. Hier ist es dringend geboten, dass dies mit einem sensibilisierten Blick auf die Auswirkungen auch für Frauen geschieht.

Antrag B04: Kostenlose Verteilung von Periodenartikeln an öffentlichen Bildungseinrichtungen und den DGB-Geschäftsstellen sowie bei den Schwestergewerkschaften

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	GEW Frauen Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Gesundheit

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz setzt sich dafür ein, dass es in allen öffentlichen und gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen und in den Geschäftsstellen des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften Periodenartikel gibt. Der DGB möge dies für seine Gewerkschaftshäuser prüfen.

Antrag C01: Honorierung unbezahlter Care-Arbeit

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Sozial- und Erwerbsarbeitspolitik

Der DGB soll sich dafür einsetzen, dass unbezahlte Care-Arbeit sowie ehrenamtliche Care-Arbeit in der Rente mit Entgeltpunkten im Versicherungsverlauf honoriert werden.

Antrag C02: Handlungshilfe zu lebensphasenorientierter Arbeitszeitgestaltung

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Sozial- und Erwerbsarbeitspolitik

Die Bezirksfrauenkonferenz fordert den DGB-Bezirksvorstand auf, eine branchenunabhängige Handlungshilfe zum Thema lebensphasenorientierte Arbeitszeit anzubieten, die u. A. folgende Inhalte vorsieht:

- Gesetzliche, tarifliche und betriebliche Instrumente, um Arbeitszeit lebensphasenorientiert auszugestalten,
- „best practice Beispiele“ aus verschiedenen Branchen/Betrieben, wie eine lebensphasenorientierte Ausgestaltung von Arbeitszeit funktionieren kann und Ansprechpartner*innen,
- rechtliche Voraussetzungen, um die Instrumente in Anspruch zu nehmen,
- Hilfestellungen/Tipps für die Beantragung bzw. Personalgespräche,
- Musterbausteine für betriebliche Regelungen.

Begründung:

Verschiedene Lebensphasen stellen Beschäftigte vor unterschiedliche Anforderungen an Arbeitszeitmodelle und deren flexibler Ausgestaltung. Häufig sind diese nicht starr, sondern verändern sich im Laufe des Berufslebens, während der arbeitsvertragliche Rahmen für eine flexible, lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung aber starr ist. Vor allem Frauen sind durch Elternschaft, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen faktisch stärker betroffen und haben aus diesem Grund ein starkes Interesse an einer lebensphasenorientierten Ausgestaltung von Arbeitszeit.

Antrag C03: Branchenübergreifende Fachtagung zu Vereinbarkeit für Schichtbeschäftigte

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Sozial- und Erwerbsarbeitspolitik

Die Bezirksfrauenkonferenz fordert den DGB-Bezirksvorstand auf, eine Fachtagung zum Thema Vereinbarkeit in Schicht anzubieten. Die Fachtagung soll folgende Ziele verfolgen:

- Gute Praxis aus den verschiedenen Branchen bekannter machen und dadurch Möglichkeiten zur Adaption schaffen,
- Wege zur Umsetzung aufzeigen (z.B. rechtliche Möglichkeiten, Kampagnenplanung),
- Das Thema Vereinbarkeit für Schichtbeschäftigte stärker in der gewerkschaftlichen Betriebspolitik zu verankern.

Begründung:

Vereinbarkeit ist für Schichtbeschäftigte oftmals eine große Herausforderung. Viele Arbeitgeber verweigern Beschäftigten eine Reduktion ihrer Arbeitszeit oder einen Wechsel in die „Normalschicht“, um zum Beispiel Abholzeiten/Pflegezeiten abdecken zu können. Faktisch führt dies dazu, dass vor allem Frauen ihre Erwerbstätigkeit reduzieren, später in den Beruf zurückkehren oder die Branche wechseln und teilweise nicht mehr im eigenen Berufsfeld arbeiten.

Antrag C04: Mehr Aufklärung über befristete Teilzeitmodelle wie „Teilzeit in Elternzeit“ und „Brückenteilzeit“

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Sozial- und Erwerbsarbeitspolitik

Der DGB soll sich dafür einsetzen, dass befristete Teilzeitmodelle für Eltern bekannter werden und über deren arbeitsrechtliche Anwendungsmöglichkeiten aufgeklärt wird. Zu den Varianten, auf die die Eltern einen Rechtsanspruch haben, gehören die Modelle „Teilzeit in Elternzeit“ und „Brückenteilzeit“.

Antrag C05: Stillen im Job zwischen dem 1. – 2. Lebensjahr

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Sozial- und Erwerbsarbeitspolitik

Um stillende Mütter nach dem 1. Lebensjahr beim Wiedereinstieg zu unterstützen und um ein stillfreundliches Deutschland mitzugestalten, soll der DGB sich dafür einsetzen, dass stillende Mütter auch zwischen dem 1. und 2. Lebensjahr ein Anrecht auf bezahlte Stillpausen haben.

Antrag D01: Feministische Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	D - Mobilität und Infrastruktur

1. Die zuständigen Gremien des DGB BW werden dazu aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Instrumente des Gender Mainstreaming konsequent in der Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung („Sorgende Städte“) eingesetzt werden.
2. Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Landesfrauenrat BW engagiert sich der DGB BW ebenfalls dafür, feministische Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung in die auf Landesebene zuständigen politischen Gremien einzubringen.
3. Der DGB BW soll in Zukunft eine sozial gerechte, ökologische, inklusive und feministische Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung als Thema in seiner Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit verstärkt berücksichtigen.

Antrag E01: Für ein sozial-ökologisches Milliardeninvestitionsprogramm statt Hochrüstung und Kriegswirtschaft

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an DGB-Bezirksfrauenausschuss
Sachgebiet:	E - Friedenspolitik

Der DGB setzt sich für ein sozial-ökologisches Milliardenprogramm in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz sowie den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Weiterhin sind wir gegen die Lockerung/Aussetzung der Schuldenbremse zugunsten Aufrüstung und Krieg. Auch ein Sondervermögen zugunsten der Bundeswehr lehnen wir ab.

Antrag E02: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	E - Friedenspolitik

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz lehnt die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, die auch atomar bestückt werden können, ab. Wir fordern den DGB auf, sich eindeutig und öffentlich vernehmbar dagegen auszusprechen.

Antrag F01: Fachkräftemangel in IT/Mint-Bereich begegnen

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Bildung

Um dem Fachkräftemangel im IT/Mint-Bereich entgegenzuwirken, soll sich der DGB Baden-Württemberg mit seinen Gewerkschaften dafür einsetzen folgende politischen Maßnahmen zu unterstützen bzw. mit Kampagnen ins Laufen zu bringen:

Teil 1: mögliche Maßnahmen für Entscheidungsträger*innen

- eine entsprechende fundierte, thematische Weiterbildung von Fachkräften an Kitas und Schulen. Dazu gehören auch die Erzieher*innen und Lehrer*innen. Sie sollten befähigt werden, Kinder/Mädchen entsprechend anzuleiten.
- Workshopangebote für Entscheidungsträger*innen, welche für die Kita- und Schulpläne / Bildungspläne verantwortlich sind.
- Gezielte Ansprache von Erziehungsberechtigten mit Onboarding-Tasche mit entsprechendem Informationsmaterial.
- Kooperationen mit Firmen – Einführung von IT-Tagen in Betrieben.
- Produktentwicklungen/-gestaltung von Mint und IT-Tools (z. B. Roboterprogramme) mit besonderem Augenmerk auf Mädchen.

Teil 2: mögliche Maßnahmen in Kitas und Schulen

- Programme zum spielerischen Lernen vom IT/Mint-Bereich
- Inputs/Workshops in kindgerechter Sprache, um für die Technik und IT zu begeistern
- Gegenseitiger Austausch und Zusammenarbeit von Betrieben und Kitas/Schulen

Antrag F02: Kitaleitungen wollen Kitas gestalten und nicht nur verwalten

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	GEW Frauen Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Bildung

Der DGB Baden-Württemberg soll sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung die Entlastung von Leiter*innen in Tageseinrichtungen für Kinder von Verwaltungstätigkeiten durch zusätzliche Verwaltungskräfte im Umfang von mindestens zwei Arbeitsstunden pro Gruppe pro Woche umsetzt.

Antrag G01: Mehr Gleichberechtigung der Geschlechter, Kulturwandel in den Betrieben

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	IGBCE Landesbezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gleichstellung

Der DGB soll seinen Einfluss und seine Stellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dazu nutzen, eine echte Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen. Folgende Maßnahmen sollen dabei Bestandteil sein:

- Der DGB sollte hierzu mit einer Kampagne aktiv werden. Beispielsweise eine Kampagne, bei der verdeutlicht wird, dass gleiche Qualifikationen nicht gleiche Voraussetzungen und Chancen bedeuten. Eine Vielzahl an Studien belegt die latente Diskriminierung in der Personalarbeit der Unternehmen. Das Spannungsfeld hierbei ist jedoch der Pendeleffekt in einer solchen Kampagne. Es muss darauf geachtet werden, dass ein neutraler und fairer Kulturwandel erwartet wird und keine Polarisierung. Es ist elementar, dass der Fokus auf Chancengleichheit und Fairness gelegt wird.
- Der DGB sollte in der Bildungsarbeit für Betriebs- und Personalräte und Vertrauensleute die Elemente der Mitbestimmung in der Personalarbeit deutlicher mit Handlungsansätzen versehen.
- Der DGB soll auf die Verpflichtung zu Transparenz der Entwicklungsoptionen hinwirken. Damit würden zielgerichtet die Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote, sowie die Stellenbesetzungsprozesse fairer und transparenter werden.
- Der DGB soll sich bei der Politik und auf all seinen Einflussebenen dafür einsetzen, dass die Arbeitnehmer*innenunterstützungsangebote für Familien ausgebaut und finanzierbar gegeben ist. Der DGB soll die Politik dabei unterstützen die Wirtschaft in der Bereitstellung und Finanzierung solcher Angebote zu verpflichten.
- Im Falle einer nicht selbstgewählten Teilzeit oder beim Scheitern an einer Entwicklungshürde aufgrund nachgewiesener fehlender Betreuungsinfrastruktur im Bereich der Pflege, Kinderbetreuung oder allgemeiner Care-Arbeit, sollen die Sozialversicherungs- und Rentenbeiträge so aufgestockt werden, dass die Folgen in der Rente, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit ausgeglichen werden. Die Aufstockung soll aus der Sozialversicherung und vom Arbeitgeber kommen und die Betroffenen mit einer Aufstockung einer vergleichbaren Vollzeitbeschäftigung bzw. Vollzeitentwicklung gleichsetzen. Die Beträge sollen nicht bei den Beschäftigten im Gehalt ankommen, sondern direkt die Ansprüche im Leistungsfall erhöhen. Eine unterstützende Aufklärungskampagne wäre hierfür Transparenz schaffend und ein guter Impuls gegen spontan-Populismus.
- Als weiteren Punkt soll der DGB seinen Einfluss auf die Politik geltend machen

und der Politik aufzeigen, dass die Berechnungsgrundlage für das Kindergeld wieder nach oben angepasst wird oder zumindest ein Tarifentgeltsberücksichtigung einbezogen wird. Durch die Reduzierung der Maximalgrenze, bis wann eine Elterngeldberechtigung besteht, haben viele Beschäftigte ein Problem. Die Teilzeitarbeit wird dadurch eventuell attraktiv, was gesellschaftlich und sozialpolitisch keinen Sinn ergibt.

Antrag G02: In jedem Unternehmen, in jedem Betrieb, in jeder Behörde Frauen- u. Gleichstellungsbeauftragte etablieren

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	IGBCE Landesbezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gleichstellung

Der DGB möge sich politisch dafür einsetzen, dass in jedem Unternehmen, in jedem Betrieb und in jeder Behörde eine Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden muss.

Für kleinere Einheiten bis 10 Mitarbeitende wäre eine Infrastruktur denkbar, in der Gleichstellungsbeauftragte für mehrere kleinere Betriebe zuständig sind.

Antrag H01: Kampagne zur Qualifizierung

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	IG Metall Bezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	H - Transformation

Die Bezirksfrauenkonferenz fordert den DGB-Bezirksvorstand auf, eine branchenunabhängige Kampagne zum Thema Qualifizierung zu erstellen, die u. A. folgende Inhalte vorsieht:

- Frauenspezifisches Angebot an Qualifizierungsmaßnahmen
- Erfolgsfaktoren für eine gelungene Qualifizierung
- Erstellung von Kompetenzprofilen oder einer Qualifikations-Matrix
- Nutzung von Qualifizierung (-sgeld) als Mittel zur Bewältigung von Transformationsthemen
- Möglichkeiten der Einbeziehung der Agenturen für Arbeit bei Qualifizierung
- Angebotsportfolio bestehender Qualifizierungsmaßnahmen
- Der DGB möge diese Forderung prüfen.

Begründung:

Qualifizierung spielt in einer sich rasant verändernden Arbeitswelt eine immer größer werdende Rolle. Gerade um Themen der Transformation der Berufsbilder bewältigen zu können, ist Qualifizierung ein wesentlicher Faktor für Frauen. Aufgrund der häufig bei Frauen liegenden Mehrfach-Belastung ist die Hürde für die Wahrnehmung eine Qualifizierungsmaßnahme hoch. Die finanziellen Unterstützungen bspw. durch Tarifverträge, Bildungsurlaub/Bildungszeit, Qualifizierungsgeld oder weitere Leistungen der Agentur für Arbeit sind häufig nicht bekannt.

Antrag H02: Förderung der Gleichstellung in der digitalen Transformation

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	IGBCE Landesbezirksfrauenausschuss Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	H - Transformation

Der DGB möge alles dafür tun, dass die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Förderung der Gleichstellung in der digitalen Transformation gewährleistet werden.

Die digitale Transformation und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und Algorithmen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Arbeitswelt und die Gesellschaft. Leider zeigt sich, dass diese Technologien oft nicht im Gleichgewicht sind und bestehende Ungleichheiten verstärken. Insbesondere sind Frauen, Menschen verschiedener Geschlechter, sexueller Orientierungen, Religionen, ethnischer Minderheiten, Nationalitäten, Menschen mit Behinderung oder besonderen Bedürfnissen, unterschiedlicher Hautfarbe sowie unterschiedlichen Alters nicht ausreichend berücksichtigt.

Wir fordern daher:

- 1. Gleichstellung der Größenverhältnisse:** Eine gerechte Verteilung der Geschlechter und Minderheiten in der Programmierung und Entwicklung von KI und Algorithmen.
- 2. Inklusive Algorithmen:** Sicherstellung, dass Algorithmen und KI-Systeme die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und keine diskriminierenden Muster verstärken.
- 3. Bildungs- und Förderprogramme:** Spezielle Programme zur Förderung von Frauen und Minderheiten in technischen Berufen und der KI-Entwicklung.
- 4. Transparenz und Überprüfung:** Regelmäßige Überprüfung und Transparenzberichte über die Zusammensetzung der Entwickler*innenteams und die Auswirkungen der entwickelten Technologien.
- 5. Sensibilisierung und Schulungen** für alle Mitarbeitenden in Bezug auf unbewusste Vorurteile und die Bedeutung von Diversität und Inklusion in der Technologieentwicklung für die gesamte Gesellschaft.

Antrag I01: Initiativantrag: Keine Wehrpflicht in Deutschland

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Initiativanträge

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz lehnt die geplante Wiedereinführung einer Wehrpflicht ab. Auch ein soziales Pflichtjahr (Ersatz für die Wehrpflicht) lehnen wir ab. Insbesondere Frauen leisten bereits heute nachweislich anteilig mehr unbezahlte Care-Arbeit für die Gesellschaft leisten. Wir fordern den DGB auf, sich eindeutig und öffentlich wahrnehmbar dagegen auszusprechen.

Antrag I02: Initiativantrag: Humanitäre Aufnahmeprogramme

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	I - Initiativanträge

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz lehnt den geplanten Stopp humanitärer Aufnahmeprogramme für Ortskräfte und Menschenrechtler*innen - z. B. aus Afghanistan - ab. Dieser Stopp ist aktuell aus dem Koalitionsvertrag der CDU/SPD Regierung zu entnehmen. Der DGB wird sich mit all seinen Mitteln für die Fortführung dieser Programme einsetzen.

Antrag I03: Initiativantrag: Verteidigungsausgaben nicht erhöhen

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Ver.di Landesbezirksfrauenrat Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	I - Initiativanträge

Wir kritisieren die Entscheidung der NATO-Mitgliedsländer sowie die Zustimmung der Bundesregierung, mit der die Verteidigungsausgaben zukünftig mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts verknüpft und auf 5 Prozent dieses Wertes erhöht werden.

Der DGB wird aufgefordert, diese Kritik bei der Bundesregierung vorzutragen und zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen diese Entscheidung aufzurufen.